

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Montage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
1 1/2 Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile oder deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig
höher, sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Kiel, 6. Februar. Nach den bei dem Oberkommando der Marine eingegangenen Nachrichten ist Sr. Majestät Brigg „Musquito“ den 5. d. nach Vigo in See gegangen.

Wien, 6. Februar Morgens. Die „Debatte“ erfährt, daß nach dem Vorgange Preußens nunmehr auch die russische Regierung sich entschlossen habe, die von Oestreich, Frankreich und England in Belgrad gegen die serbischen Rüstungen erhobenen Reklamationen zu unterstützen.

München, 6. Februar Morgens. Dem heutigen Bulletin zufolge hat sich das Befinden der Königin Mutter etwas gebessert; Fieber und Schmerzen im Gelenk haben nachgelassen; die Nacht war ruhiger.

Dresden, 6. Februar Mittags. Die Abgeordnetenkammer hat in der heutigen Sitzung 20,000 Thlr. zur theilweisen Deckung des Defizits der Chemnitzer Industrieausstellung bewilligt. Von der noch fehlenden Summe sollen 12,327 Thlr. Seitens der Chemnitzer Stadtkasse und 24,653 Thlr. Seitens der Geranten aufgebracht werden.

Stuttgart, 6. Februar Nachmitt. Das Abgeordnetenhaus hat das Rekrutierungsgeß, welches festsetzt, daß in dem Zeitraum von 1868 bis 1870 die Zahl der jährlich auszuhebenden Rekruten 5800 betragen soll, mit 45 gegen 42 Stimmen angenommen.

Bremen, 6. Februar. Der Dampfer „Bremen“ vom Norddeutschen Lloyd ist mit der amerikanischen Post gestern Abend beim Leuchthurne, 3 Meilen von Bremerhafen, eingetroffen und dort wegen Sturmes vor Anker gegangen. Post und Passagiere waren heute 9 Uhr Morgens in Bremerhafen noch nicht gelandet.

Hamburg, 5. Februar, Abends. Ein der Börsehalle via New York zugekommenes Privattelegramm aus Lima vom 12. Jan. meldet, daß die Regierung des Obisten Prado gestürzt ist und daß man daselbst täglich die Ankunft des Generals Caneco erwartete.

Karlsruhe, 6. Februar, Morgens. Die erste Kammer erledigte heute das Budget der Post- und Eisenbahnverwaltung, sowie das Budget des Handelsministeriums zum Theil. — Der Minister Jolly kündigte an, daß der Schluß des Landtages am 14. d. stattfinden werde.

Die Kammer der Abgeordneten nahm das Schulgeß mit allen gegen 3, sowie das Geß betreffend die Ministerverantwortlichkeit mit 43 gegen 7 Stimmen an; ferner wurde das Postgeß mit allen gegen eine Stimme genehmigt.

London, 5. Februar, Abends. Der italienische Gesandte, Marquis d'Alegio, hat angeblich auf seinen Posten als Gesandter bei der großbritannischen Regierung resignirt.

London, 6. Februar, Morgens. Aus New York wird gemeldet, daß die Finanzbill, welche die Befugniß des Finanzsekretärs McCulloch zur Verminderung des Papiergeldes suspendirt, nunmehr von beiden Häusern des Kongresses angenommen worden ist.

London, 6. Februar, Mittags. Aus New York wird gemeldet, daß Präsident Johnson die Bill unterzeichnet hat, durch welche die Taxe auf Baumwolle sofort und der Zoll auf fremde Baumwolle vom 1. November ab aufgehoben werden. Ferner hat der Präsident die Bill, betreffend den Verkauf der überflüssigen Panzerschiffe, vollzogen.

Dublin, 5. Februar, Nachmittags. Bei einem heute abgehaltenen protestantischen Meeting, an welchem viele Mitglieder des Ober- und Unterhauses Theil nahmen, wurde unter großem Enthusiasmus eine Petition an die Königin beschlossen, in welcher um Wahrung der Union, Vertheidigung der irischen Kirche und Abwehrung des Einflusses der Ultramontanen auf die Erziehung gebeten wird.

Paris, 5. Februar Abends. „Presse“ schreibt: Die Nachrichten aus Bulgarien sind ernst. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die aufständische Bewegung dort seit langer Zeit vorbereitet und dem Ausbruche nahe ist. Informationen aus Petersburg und Konstantinopel berechtigen zu der Meinung, daß die Fragen der auswärtigen Politik das Publikum wieder vorzugsweise beschäftigen werden.

Paris, 5. Februar, Abends. Von den auf dem Place du Chateau d'eau Verhafteten hat das Zuchtpolizeigericht Bergeret zu 6 Wochen, Bar, Merlin und Favre zu einem Monat und Grégoire zu 15 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Rom, 5. Februar. Man erwartet 6000 Gewehre von England nach einem neuen Systeme.

Florenz, 5. Februar, Abends. „Opinione“ dementirt die Nachricht, daß die Regierung mit Frankreich wegen Wiederherstellung der Septembekonvention unterhandle und fügt hinzu, die Konvention könnte nur die Basis für Unterhandlungen sein, um einen Modus vivendi zwischen Italien und Rom herzustellen.

Florenz, 6. Februar, Vormittags. „Nazione“ meldet, daß der Kronprinz nach seiner Vermählung zunächst einen einmonatlichen Aufenthalt in Florenz nehmen und dann eine Rundreise durch die bedeutendsten Städte des Landes antreten werde.

Florenz, 6. Februar, Abends. Der Abgeordnete Cappelari ist zum Berichterstatter des Gesetzentwurfs, betreffend die Wahlsteuer, ernannt — Aus Genua wird gemeldet, daß das amerikanische Geschwader unter Führung des Admirals Farragut daselbst einetroffen ist.

Italienische Rente 50, 15. Napoleonsd'or 22, 93.

Bukarest, 5. Febr., Nachm. Der Hauptinhalt der dem Fürsten von der Kammer gestern übergebenen Adresse ist folgender: Die Adresse spricht zunächst die Ergebenheit der Kammer für den Fürsten aus. Eine Dynastie, die auf demokratischen und liberalen

Grundlagen basire, sei das Ideal der Rumänen gewesen. Der Fürst, der die Tugenden seiner erhabenen Vorfahren theile, und trotz aller Schwierigkeiten mit Beharrlichkeit an der Befestigung des konstitutionellen Systems arbeite, habe die Gefühle der Liebe und Ergebenheit der Nation noch erhöht. Die nationale Versammlung werde deshalb keine Anstrengungen sparen, um in Uebereinstimmung mit der Regierung die notwendigen Maßnahmen zur Vollendung zu bringen und werde sich ohne Zeitverlust mit den vorgelegten Gesetzentwürfen beschäftigen.

Was die Frage der Fremden israelitischen Glaubens, welche in das Land eingewandert sind, betreffe, so habe deren Kultus zu jeder Zeit vollständige Toleranz in Rumänien gefunden und erfreuen sie sich auch jetzt noch dieser Toleranz.

Die Kammer werde sich bemühen die Frage zu einer Lösung zu bringen, welche der Gerechtigkeit und den Interessen des rumänischen Volkes genügen könne. Die Adresse versichert schließlich das vollkommene Vertrauen der Rumänen in die Zukunft.

Die Antwort des Fürsten lautete im Wesentlichen: Der Fürst dankt für die Aufmerksamkeit wie für die in der Adresse ausgesprochenen Gefühle und Wünsche, sowie besonders über die gegebenen Zusicherungen. Der Fürst begt das feste Vertrauen, daß die Kammer die wichtigen Fragen in befriedigender Weise lösen und seiner Regierung zur Erleichterung ihrer Mission beistehen werde.

Wien, 7. Februar. Im Budgetausschuß der eisleithanischen Delegationen kam der auswärtige Etat zur Berathung. In dem Antrag Reichsruers, betreffend die Gesandtschaften an den kleineren deutschen Höfen erklärte Herr v. Benst, die Aufrechterhaltung der Gesandtschaften sei notwendig. Obwohl Oestreich manche, über die Bestimmungen des Prager Friedens hinausgehende Vorgänge ruhig hingenommen habe und weit davon entfernt sei, in die deutschen Angelegenheiten störend einzugreifen, sei doch die Entwicklung Deutschlands Oestreich nicht gleichgültig, wobei nicht ausgeschlossen sei, daß diese Entwicklung im Einvernehmen Oestreichs und Preußens erfolge. Bei der Abstimmung wurden die Gesandtschaften für Anhalt, Schwarzburg und Reuß abgesetzt, die Dresdener Gesandtschaft beibehalten.

Paris, Donnerstag 6. Febr., Abends. Die „Patrie“ schreibt: Die Anwesenheit serbischer Banden auf rumänischem Territorium hat nichts Beunruhigendes, zumal es für gänzlich unzulässig zu halten ist, daß Fürst Karl die Umtriebe Rußlands in Serbien begünstige.

Gesetzgebender Körper. Fortsetzung der Diskussion über das Preßgeß. Die Amendements Darimon's und Guereult's wurden verworfen.

Florenz, Donnerstag, 6. Februar, Abends. Die „Gazzetta ufficiale“ publicirt die Ernennung Sualterio's zum Minister des königlichen Hauses.

Deputirtenkammer. Die Diskussion über den Etat des Unterrichtsministeriums wurde fortgesetzt. Der Deputirte Cairoli interpellirt die Regierung wegen der Unterhandlungen, betreffend die Rückerstattung mehrerer Dokumente und Kunstgegenstände, welche die öst. Regierung aus Mailand und Venedig fortgeführt hat. Der Ministerpräsident Menabrea erwiderte, daß die hierüber schwebenden Unterhandlungen ein günstiges Resultat hoffen ließen. Farini verlangt, daß auch die von dem Herzog von Modena fortgeführten, der Nation zugehörigen Kunstgegenstände zurückgefordert würden. Es wurden darauf die folgenden 29 Kapitel des Unterrichtsetats genehmigt.

Der eigene Standpunkt.

Der große Freiheits-Apostel, Johann Jacoby, liebt es, die menschliche Gesellschaft aus seiner einsamen Höhe zu betrachten. Er hielt es daher länger nicht unter den zwanzig Volksmännern des Abgeordnetenhauses aus, sondern trennte sich urplötzlich von ihnen mit dem großen Wort, daß Preußen eigentlich keine Volkspartei besitze, sondern noch danach zu ringen habe. Jacoby wird uns eine schaffen, er ganz allein. Vor dem Rottbuser-Thor fand er die determinirten Bloufenmänner, welche ihm zusauzten und seiner Fahne folgen werden. Zu ihnen redete er etwa Folgendes: Das gesammte Staatsleben beruhe auf der Rechtsgleichheit, deren Forderungen am wenigsten der Absolutismus, aber auch die Repräsentativ-Verfassung nicht erfülle, die mehr Schein als Wesen sei; ganz und voll entspreche dem demokratischen Gleichheitsprinzip nur die unbedingte Selbstregierung des Volks. Was nügen — fuhr der Redner fort — einem Volke Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, was alle anderen konstitutionellen Rechte und Freiheiten, wenn ein Einzelner die Macht hat, nach Gutbefinden über Krieg und Frieden zu entscheiden? So lange nicht in allen Angelegenheiten des Staats der Gesamtwille zur vollen, unbeschränkten Geltung kommt, ist das Volk nicht Herr des eigenen Geschickes, nicht Herr über sich selbst.

Wie aber ist das Ziel zu erreichen? Woher kommt es, daß bisher alle Versuche, dem Volkswillen die gebührende Geltung zu verschaffen, so kläglich gescheitert sind? Sagen wir es gerade heraus! Der Grund liegt einfach darin, daß bisher ein wirklicher, einmüthiger Volkswille gar nicht vorhanden war.

Wir sprechen wohl von Volksbewegungen, vom Erwachen des politischen Bewußtseins im Volke; von Volksbeschlüssen und Volksforderungen, verhehlen aber dürfen wir uns nicht, daß es überall nur ein geringer Bruchtheil des Volkes ist, der sich an dem Freiheitskampfe betheiligt.

Sodann suchte der Redner nachzuweisen, weshalb die Demokratie in Preußen, trotzdem wir einen übergroßen konstitutionellen Apparat haben, doch ganz ohnmächtig sei. Er glaubte den Grund

darin zu finden, daß die Demokratie es nicht verstanden habe, sich der sozialen Angelegenheiten zu bemächtigen und die Masse der Arbeiter, die in der Sorge um das Brod nicht zum politischen Bewußtsein kommen könne, an sich heranzuziehen, denn ohne diese würde man der Regierung gegenüber immer machtlos bleiben.

„Die demokratische Partei“, so lautete die aus dem Vorhergehenden gezogene Schlussfolgerung, muß aufhören, eine bloß politische Partei zu sein, muß die Umgestaltung der sozialen Mißverhältnisse, die Hebung der arbeitenden und nothleidenden Mitbürger sich zur Aufgabe machen, — sie muß im wahren Sinne des Wortes eine — Volkspartei werden.

Eine weitere Aufgabe der Demokratie aber ist es“, so fuhr der Redner fort, „den „idyllischen Traum“ des Völkerfriedens zu einer lebendigen Wahrheit zu machen.

Die demokratische Partei muß aufhören, eine ausschließlich engherzig nationale Partei zu sein; — in richtiger Erkenntniß der Zusammengehörigkeit und Gastbarkeit muß sie sich mit Gleichgesinnten aller Länder und Staaten zum gemeinsamen Werke vereinen. Nur so wird sie im Stande sein, jenen großen Gedanken zu verwirklichen, der auf dem Friedenskongresse zu Genf so bereiten Ausdruck gefunden, den Gedanken der frei vereinigten Staaten Europas.“

Sodann bemerkte Herr Jacoby, daß der der Fortschrittspartei gemachte Vorwurf der systematischen Opposition nicht wahr sei, es sei vielmehr ihr Fehler, nicht konsequente Opposition gemacht zu haben, denn einem Feind, den man besiegen wolle, dürfe man nicht das Geringste zugestehen.

„Wo es sich um ein Entweder — Oder handelt“, fuhr Redner fort, „um Gegensätze, so unversöhnlich wie Herrschaft und Freiheit, Militärstaat und Nichtsstaat, — was sollen die Ausgleichungs- und Vermittlungsversuche nützen? Nicht durch halbe Zugeständnisse und Kompromisse, nicht durch Indemnitätstheilung und Gewähren von Provisorien wird die Frage zum Austrag gebracht, — nur durch einen ersten, mit der ganzen Gluth des Herzens, mit voller Hingebung und Begeisterung geführten Kampf kann der Siegespreis errungen werden. Mag immerhin aus einer grundsätzlichen systematischen Opposition augenblicklich Nachttheil erwachsen, — das Volk muß einsehen lernen, daß für das höchste Gut der Freiheit kein Opfer zu groß ist.“

„Lassen wir das Gelagte“, so schloß Herr Jacoby, „in Eins zusammen!

Die politischen, sozialen und nationalen Verhältnisse stehen in Wechselwirkung zu einander; sie bedingen und ergänzen sich gegenseitig.

Die Volkspartei muß den demokratischen Grundsatz der Rechtsgleichheit aller ebenmäßig auf den Gebieten des politischen, sozialen und nationalen Lebens zur vollen Geltung bringen.

Nur so kann sie das Ziel erreichen, das ihr vergeistet ist: Den Friedens- und Freiheitsbund der Völker Europas.“

Die Mitglieder der Fortschrittspartei machen ein langes Gesicht zu diesen Expektorationen Jacoby's; möglich, daß sie ihn desavouiren. Waldeck soll eine Manifestation in diesem Sinne beabsichtigen.

Den übelsten Eindruck macht wohl Jacoby's unverblümter Uebertritt auf den Standpunkt des famolen Genfer Friedenskongresses — keine Nationalität, kein Vaterland! Männer wie Waldeck und Bismarck vermögen sich denn doch zu solchen Abstraktionen nicht aufzuschwingen.

Wenngleich sich der letztere von beiden hinreißt ließ, die Thaten des Jahres 1866 geringschätzig zu behandeln, so wird er doch nicht den Werth eines eignen Vaterlands verkennen und sich gleichgültig verhalten gegen dessen Zukunft. Solche Ultras, wie Johann Jacoby, müssen sich stets selbst ins Gesicht schlagen. Indem er die Erfolge des Jahres 1866 verwirft, indem er den deutschen Patriotismus als ein eitles Ding, einen Anachronismus, die Nationalität als eine Engherzigkeit behandelt, kommt er thatsächlich zum Partikularismus zurück, dessen Ueberwindung wir allein dem deutschen Nationalgefühl verdanken und verdanken werden.

Nach Jacoby muß auch die Familienliebe ein überwundener Standpunkt sein, insofern sie der allgemeinen Menschenliebe entgegengeßet wird, sie leidet ja auch an einer Beschränkung. Aber er betrachtet doch nur das wirkliche Leben, ob er nicht finden wird, daß nur die Rohheit diese Bande lockert, und gerade das edelste Gemüth und die höchste Intelligenz sie zu erhalten bestrebt sind, weil sie in ihm eine Menge großer, der ganzen menschlichen Gesellschaft wohlthätiger Antriebe finden, die mit dem Familienleben sofort erlöschen würden. Die Jacobysche Gleichmacherei würde die Gesellschaft in den Abgrund, die Staaten zur Ohnmacht führen. Wahrer als diese unreife Theorie ist unseres Dichters Wort: „An's Vaterland an's theure schließ' dich an, da find die wahren Wurzeln deiner Kraft.“ Hoffentlich bleibt Jacoby mit seiner Theorie in Deutschland der einsame sonderbare Schwärmer.

Deutschland.

Preußen. A Berlin, 6. Februar. Eine Errichtung von neuen Truppenkörpern wird dem Bernehmen nach in diesem Jahre für die Norddeutsche Bundesarmee noch nicht beabsichtigt, dagegen wird von gewöhnlich sehr gut unterrichteter Seite angedeutet, daß möglicher Weise die Infanterie des heßen-barmhärdischen Kontingents mit einer veränderten Organisation zu 3 Infanterie-Regimentern à 3 Bataillonen statt jetzt 4 Regimentern à 2 Bataillonen in die noch offen gehaltenen norddeutschen Regimentsnummern Nr. 97., 98. und 99. einrücken dürfte. Thatsächlich würde, da die

Formation der darmstädtischen Truppen in Regimentern zu 2 Bataillonen nur im Hinblick auf eine Zusammenstellung derselben mit der badiſchen Division zu einem geſonderten Armeekorps getroffen worden war, eine derartige Aenderung wohl als ein völliger Verzicht auf die frühere Abſicht geſehen werden können. Auch ſonſt ſtände derſelben aber entgegen, daß ſich die darmſtädtiſche Division bis auf eins der vier Infanterie-Regimenter der Norddeutſchen Armee nur attachirt findet und keinen unmittelbaren Theil derſelben bildet, ſo daß der erwähnten Einſchiebung alſo unbedingt erſt längere Unterhandlungen vorausgehen müßten. — Die Eintheilung der beiden Mecklenburg in Landwehrbezirke, welche bekanntlich noch ausſteht, iſt jezt erfolgt, und zwar werden dieſe Bundesſtaaten die beiden Landwehr-Regimenter Nr. 89. und 90. bilden, welche mit ihren 4 Bataillonen nach Schwerin, Neu-Strelitz, Wiſmar und Roſtock verlegt ſind. — Eine Errichtung von neuen Feſtungs-Artillerie-Regimentern findet nach der königlichen Beſtimmung über die Formirung von je einer Artillerie-Brigade beim 9. 10. und 11. Norddeutſchen Armeekorps vorläufig noch nicht ſtatt, ſondern wird dem 10. Armeekorps eine aus den beim 7. und 8. Feſtungs-Artill.-Regiment überſchießenden 9. und 10. Kompagnien zuſammengeſtellte Feſtungs-Artillerie-Abtheilung hinzutreten, während das 3. Feſtungs-Artillerie-Regiment ſortan dem 11. Armeekorps zugetheilt iſt und dafür die überſchießende 3. Abtheilung des 4. Artillerie-Regiments an das 3. Armeekorps überwiesen wird. Beim 9. Korps bleibt der Beſtand der bei demſelben ſchon errichteten Feſtungs-Artillerie-Abtheilung ebenfalls bis auf Weiteres unverändert. — Für die Jäger-Bataillone werden auf Grund der Vorſchläge einer hier Mitte Dezember v. J. verſammelt geweſenen Kommiſſion demnächſt neue Vorſchriften für den Dienſtbetrieb und die Verwendung derſelben erlaſſen werden.

Die hieſige Militär-Central-Turn-Anſtalt wird mit nächſtem Frühjahr ihren erſten auf die geſammte Norddeutſche Armee ausgehenden Kursus eröffnen. Die Zahl der Theilnehmer an den einzelnen halbſährigen Kursen iſt zu dieſem Behuf von bisher 96 auf 160 erhöht worden, und ebenſo haben die Lehrkräfte die entſprechende Steigerung erfahren. Der Zweck dieſes Inſtituts iſt bekanntlich, Inſtrukteure für den Turnbetrieb in der Armee auszubilden und wechſeln zu dieſem Behuf immer je ein Unteroffizier und ein Offizier-Kursus mit einander. — Das Zündnadelgewehr ſteht bekanntlich in der Schnelligkeit des Feuers dem Chapepot-Gewehr, wie mehreren anderen neu erfundenen Hinterladungs-Gewehren um etwas nach, doch ſoll es dem Vernehmen nach jezt gelungen ſein, durch eine ſehr einfache und wenig koſtspielige Aenderung der erſteren Waffe den gleichen Vorzug zu ſichern. Bekanntlich wird jedoch, wenigſtens beim Chapepotgewehr, der eine Vorzug, welchen dieſelbe in ſeinem leichten und ſchnellen Schuß über das Zündnadelgewehr beſitzt, durch mehrere ſehr bedenkliche Uebelſtände, ſo namentlich die häufigen Verſäße, die Verſchleimung des Rohrs und die Seitenabweichung der Geſchoſſe, mehr als aufgezwungen. Die vergleichenden Verſuche mit allen irgend neu erfundenen Handfeuerwaffen werden übrigens auf der Schießſchule in Spanbau noch ununterbrochen fortgeſetzt, und ſteht wohl mit nächſtem eine neue Veröffentlichung über die Reſultate derſelben zu gewärtigen.

— Der bekannte „Löwe von Flensburg“, im Feldzuge von 1864 erbeutet, iſt ſeit einigen Tagen auf dem Hofe des hieſigen Zeughaufes fertig aufgeſtellt. Sein Holzgerüſt iſt abgebrochen, das neue Fußgeſtell, auf dem der Löwe ſteht, halb ſo hoch, als das frühere.

— Der Generaldirektor der königlichen Muſeen, Wirkl. Geh. Rath v. Dſfers, der ſeit etwa acht Tagen in Folge eines Schlaganfalls, welcher ihn in der Gemäldegallerie des Muſeums vor einem Bilde, das kürzlich viel Vergnügen gegeben hat, betroffen haben ſoll, ſchwer erkrankt iſt, befindet ſich auch jezt noch nicht auf dem Wege der Beſſerung.

— Aus Paderborn ſind kürzlich 12,000 Thlr. als Peterspfennig nach Rom abgegangen.

— Eine für die ſtädtiſchen Verhältnisse wichtige Entſcheidung hat kürzlich die Regierung zu Minden getroffen. Die dortigen Stadtverordneten verlangten vom Magiſtrate, daß derſelbe ihnen einen Vertrag zur Genehmigung vorlege, durch welchen ein

der Stadt gehöriges Gebäude auf mehrere Jahre an einen Maſchinenfabrikanten vermietet war. Der Magiſtrat verweigerte die Vorlage. Auf die deſhalb eingereichte Beſchwerde hat nun die Regierung entſchieden, daß zwiſchen Verpachtung und Vermietung ein Unterſchied ſei, daß der fragliche Vertrag ein Miethevertrage ſei und die Städteordnung nicht vorſchreibe, daß Mietheverträge der Verſammlung zur Genehmigung vorgelegt werden müßten.

Thorn, 5. Februar. Obſchon der Waſſerſtand der Weiſchel ſeit Sonntag erheblich geſunken iſt, befindet ſich die Weiſchelbrücke noch immer nicht außer Gefahr einer theilweiſen Zerſtörung. In Folge der Eiſtklopfungen vor der Brücke Ende v. Wts. ſind zwei Eiſsböcke vom Strome dermaßen unterſpült worden, daß der eine von ihnen in voriger Woche, der andere heute Vormittags umgefallen iſt, als ein partieller Eiſsgang eintrat, durch welchen wieder eine Eiſsklopfung vor der Brücke entſtanden iſt. Die ſofortige Wiederherſtellung der Eiſsbrücke wurde von den ſtädtiſchen Behörden angeordnet und vorbereitet, allein ein heftiger Weſtwind, der ſich am Sonntag eingeſtellt hat, hindert die Ausführung des Beſchlusses.

Der Nothſtand in Ostpreußen.

— Die Hilfe in der Provinz Preußen organiſirt ſich mehr und mehr. Der Hilfsverein unter dem Vorſitz des Herrn v. Patow verſendet jezt täglich größere Mengen Brod, welches die Berliner Brodfabrik in ſeinem Auftrage bakt. Das Brod wird mit der größten Sorgfalt gebaden und bleibt 10—14 Tage durchaus ſchmackhaft. Der größeren Nothdringlichkeit wegen und um dem Geſchmade mehrerer Gegenden Ostpreußens zu genügen, wird ſämmtliche Kleie in dem Mehl beſeſſen.

— Die von Dr. Hirſch der Volksz. gemachte Mittheilung über einen Arbeiter-Krawall in Heidekrug wird amtlich niedergelegt. Dr. H. beruft ſich jezt auf die Ausſagen von Geſchäftsreisenden.

Leipzig, 3. Februar. Bei dem hieſigen Hülfskomitee für Ostpreußen ſind bis zum 31. Januar 6869 Thlr., bei der Expedition des Leipziger Tageblattes 413 Thlr. eingegangen.

Breslau, 6. Februar. Mit dem aus Oſtpolen eintreffenden Totalperſonenzuge kamen geſtern Vormittag um 9 Uhr 5 Minuten auf dem hieſigen Centralbahnhofe 19 Mann von den 300 oſtpreuſiſchen Arbeitern hier an, welche vor circa 14 Tagen nach Oſtpreußen zur Beſchäftigung in den dortigen Bergwerken beſtellt worden waren. Die Mannſchaften wurden mit dem Nachmittags-Personenzuge nach ihrer Heimath Ostpreußen zurückbeſordert. Nach Ausſage dieſer Leute dürften noch mehrere ihrer Genossen baldigt nachfolgen. (Schl. Zig.)

Bayern. München, 4. Februar. Der Erzbischof überreichte vergangenes Freitag dem König in beſonderer Audienz die mit 72,900 Unterſchriften bedeckte Adreſſe, worin der König gebeten wird, in allen Regierungshandlungen und bei jeder gegebenen Veranlaſſung, namentlich auf einem etwa ſtattfindenden europäischen Kongreß, darauf hinzuwirken zu wollen, daß der Papſt in ſeinem durch den ältesten Beſitzſtand und die Intereſſen der Kirche geheiligten Rechte auf den Kirchenſtaat beſtändig verbleibe. Der König nahm die Adreſſe huldvoll entgegen, ſprach ſeine Freude über dieſe katholiſche Maniſeſtation aus und gab die Verſicherung, daß Bayern, ſo weit es in ſeiner Macht liege, Alles aufbieten werde, um das Patrimonium des römischen Stuhles zu erhalten. (Allg. Z.)

Sachsen. Dresden, 5. Februar. Dem „Fr. Z.“ ſchreibt man von hier: Es ſind gegenwärtig eine große Zahl preußiſcher Poſtbeamten zur Aushilfe bei den Poſtämtern des Landes in Verwendung, 13 allein hier in Dresden. Die durch das Bundespoſtwesen bedingten Veränderungen haben das geſammte ſächſiſche Poſtperſonal ſo in Anſpruch genommen, daß die von preußiſcher Seite gewordene Aushilfe nur willkommen heißen werden kann.

Ostreich.

Wien, 4. Febr. In klerikalen Kreiſen wird der Kampf gegen die neue Ordnung der Dinge fortgeſetzt und zwar zuweilen mit Mitteln, welche das Licht des Tages nicht ertragen können. Die Agitation wird hier ſowohl wie in den Provinzen ſyſtematiſch betrieben und manche hohe Namen ſind darin verflochten. Die Regierung folgt mit Aufmerkſamkeit der Entwicklung dieſer Dinge und es ſind vor einigen Tagen erſt die Auffichtsorgane angewieſen worden, Umtriebe, welche gegen die von dem Kaiſer ſanktionirten Staatsgrundgeſetze gerichtet ſind, nicht zu dulden und dagegen mit der ganzen Strenge des Geſetzes einzuschreiten. Hoffentlich werden ſich dadurch die Herren, welche hinter den Kuliffen ſtehen, veranlaßt

mehr die Oberhand. Die Franzoſen fangen nach und nach alle Ueberlieferungen jener feinen Kunſt zu verlieren an, deren vollkommene Innehabung ebendem den Mann von guter Lebensart ausgemacht hat. Die chevalereſte Urbanität iſt leider im Ausſterben in Frankreich. Man vergißt vollſtändig die Politeſſe des Umgangs und die Grobheit wird überall ſo ſehr zur Regel, daß ſie beinahe keine Ausnahme mehr hat.

Ueber Fritz Reuter, den berühmten Autor in plattdeutſcher Mundart, hat jüngſt der Romanſchriftſteller Friedrich Spielhagen in Berlin einen öffentlichen Vortrag gehalten. Unter den Dichtern im Plattdeutſchen anfangs am Wenigſten beachtet, hat Fritz Reuter ſie jezt alle in Anſehen, Ruf und Bedeutung überholt.

Ernst Feydeau, der bekannte Pariſer Sittenschilderer im Roman, hat ein Luſtſpiel „Ein Börsen-Coup“ geſchrieben, welches das Feuilleton des „Figaro“ veröffentlicht hat. Da es zu lang für einen Theaterabend, vielſach undramatiſch und zerfahren in der Handlung iſt, hat ſich keine Pariſer Bühne um das Stück gekümmert. Dagegen ſollen die Theater von Berlin, Hamburg und Wien mit dem Verfaſſer wegen einer Aufführung in Unterhandlung getreten ſein; wenigſtens wird das vom „Figaro“ gemeldet. Iſt das kein bloßer Winkelzug des Blattes, um für ſich Reklame zu machen und den Pariſer Bühnen einen Rippenstoß zu geben, ſo würde dieſe Thatſache nur auf's Neue wieder beweisen, wie gierig die deutſchen Bretter auf dramatiſche Broſamen von Frankreich Tagd machen.

Emanuel Geibel, welcher den Aufenthalt in ſeiner Geburtsſtadt Lübeck dem in der Muſenſtadt München vorzieht, wird dafür von ſeinen Mitbürgern auf eine wahrhaft ausgezeichnete Weiſe geliebt. Als man neulich dort ſeine Tragödie „Brunhild“ gab und es bekannt wurde, daß der Dichter der Aufführung bewohnte, rief ihn das Publikum heraus, das ſich ehrerbietig bei ſeinem Verneigen aus der Loge erhob. Wie es heißt, wird die Stadt einer neuen Straße den Namen Geibelſtraße geben.

Das neue Schauſpiel von Emil Augier, „Paul Forestier“, das kürzlich im Theatre francais in Paris mit großem Beifall gegeben worden iſt, verdankt das Aufſehn, das es macht, dem Um-

ſtand, daß der Dichter die Vertheidigung der Ehe übernimmt und die rechtmäßige Gattin über die Kameliendame den Sieg davon tragen läßt — eine Pravour, die im Leben wie auf der Bühne von Frankreich bekanntlich ſehr ſelten geworden iſt. Der Held des Stückes iſt ein Maler, der von ſeinem Vater, einem Bildhauer, an ein junges Mädchen verheirathet wird, trotzdem er eine Weltkame, eine reizende Perſon von leichtem Charakter liebt. Der Vater weiß Leptere nämlich zu bewegen, auf einige Zeit zu verzeihen, um Paul's Herz auf die Probe zu ſtellen. Dieſe Probe beſteht er nicht. Paul, ſich von Lea, ſeiner Maitreſſe ausgehen glaubend, heirathet Kamilla, jenes junge Mädchen, das ihm der Vater auſerſehen. Eben im Begriffe ſich beglücklich in der Ehe zu fühlen, kommt Lea zurück und obgleich er erfahren muß, daß ſie aus Aerger darüber, daß Paul ſie verſehen konnte, ſich in die Arme eines ſeiner Freunde geworfen, will er doch ſein Weib verlaſſen und jener folgen. Sein Vater, außer ſich über dieſen Entſchluß, ruft Kamilla, damit ſie den Gatten zurückhalte. Kamilla aber, erfüllt von heißer Liebe für den Künſtler, will ſich opfern, um ihn mit der Nebenbuhlerin glücklich zu wiſſen. Dieſe Großmuth der Seele und des Herzens beſiegt den Maler und er bleibt. — Das iſt der Inhalt des Stückes, der durch ſchöne Verſe und edle Grundſätze geadelt wird. Von der Ehe wird z. B. geſagt:

Voll Seligkeit, ſoll ſie doch keuſch verbleiben,

Im Sinnenrausch nicht das Herz zerreiben,

Nein, tief und ſtark, doch auch zugleich noch rein,

Kein ſtürmiſch Meer, ein Paſen ſoll ſie ſein.

An einer andern Stelle heißt es:

Nach dem, was Liebe opfert, meß ich ſie,

Und an einer dritten:

Stets muthig, Kind, behaupte ſich dein Geiſt,

Der Schmerz erhebt das Herz, das er zerreiſt.

Eine ſolche Sprache, die bei uns zum Glück noch gewöhnlich iſt, iſt in Paris ſo ziemlich eine befremdliche Seltenheit.

Ein neues Blatt in Paris erſcheint unter dem höchſt kuriöſen Titel: „Der Erwürgte, Journal der Schreier“ (L'Étrangé, journal des Brailards). Auf welche Benennungen wird man in der franzöſiſchen Preſſe noch kommen, um ſich bemerklich zu machen? Schon ſind Ekelnamen nichts Auffallendes mehr.

Großbritannien und Irland.

London, 3. Februar. Von dem Oberkommando der abyſſiniſchen Expeditionen, Rumoyle, 25. Jan., hat Sir S. Northcote ein Telegramm erhalten, dem zufolge die Pioniere die Straße nach Senaſeh für Fußwerk paſſirbar gemacht haben und am 26. Jan. 114 Proviantwagen durch den Suru-Paß zur Avantgarde abgehen ſollten. Ein Theil der Vorhut hatte den Befehl erhalten, ſich unverzüglich auf den Marſch nach Antalo zu machen. Nach einer Depeſche an die „Times“ vom 28. Jan. iſt dieſes Korps aus allen Waſſengattungen zuſammengeſetzt und von einer Haubitze-Batterie begleitet. Sir N. Napier iſt bereits zur Fronte abgegangen. Mit Kaſſai, dem faktiſchen Herrſcher von Tigre, in deſſen Gebiet die operirenden Truppen ſich befinden, ſind durchaus freundschaftliche Beziehungen angeknüpft worden. Hierbei iſt das Eine zu bedenken, daß die britiſche Armee, wenn ſie demnächst von Antalo weiter ſüdlich vorrückt, das Land des Fürſten Gobazye von Waag betreten wird, der mit Kaſſai, den er als einen Empörer und Nebenbuhler betrachtet, auf gespanntem Fuße ſteht, und es daher den Engländern verüßeln dürfte, mit demſelben Freundschaft geſchloſſen zu haben.

London, 4. Febr. Die „Pall Mall Gazette“ ſchreibt: In Paris tauchen von Neuem Gerüchte über Wiederanſetzung des Konferenzzprojekts auf. Hauptgrundlagen der zu eröffnenden Verhandlungen ſind, wie es heißt, die Räumung Civita - Vecchia von den Franzoſen, die Armirung der päpſtlichen Feſtungen und Truppen mit franzöſiſchen Waffen und die Beſchützung der Küſte gegen die Einfälle von Garibaldiern durch franzöſiſche Fahrzeuge. Von glaubwürdiger Seite wird ſogar verſichert, daß dieſe Baſis von der italieniſchen Regierung um Weihnachten angenommen worden ſei, und daß Prinz Napoleon, auf obige Gerüchte anſpielend, ſich über den Kaiſer folgendermaßen geäußert habe: „Wunderbarer Mann! Kaum 14 Tage ſind es, daß er aufgehört hat, mit Italien zu konſpiriren, und ſchon konſpirirt er gegen dieſelbe mit Deſtreich und dem Papſte.“

Frankreich.

Prag, 4. Februar. Geſtern hat hier die Beerdigung der Beamten der Statthaltereirei und Finanz-Landesdirektion ſtattge-

Kleine Mittheilungen.

In Baſel ſah man auf dem dortigen Kirchhofe mitten im Winter ein Grab mit den ſchönſten Blumen und Kränzen geſchmückt. Es war das des franzöſiſchen Oberſtlieutenants Charraſ, der vom zweiten Kaiſerreich aus Frankreich verbannt, in der Erde des Exils zur ewigen Ruhe gebettet liegt. Er war bekanntlich ein Todfeind des zweiten Dezember, welcher den Napoleonismus wieder zur unumſchränkten Herrſchaft brachte. „Seine Geſchichte des Krieges von 1813 in Deutſchland“ (deutſche Ueberſetzung: F. A. Brochhaus in Leipzig, 1867), iſt von franzöſiſcher Seite die erſte, welche die deutſche Erhebung und Napoleonische Gewaltherrſchaft unbefangenen würdigt. Aus dieſem Grunde haben auch deutſche Patrioten keine Bedenken getragen, ſein Grab an ſeinem zum erſten Male wiederlebenden Todestage zu zieren. Doch kam ſolcher Schmuck in reicher Fülle zugleich aus Paris, wo der ausgezeichnete Militärschriftſteller nach dem „Avenir national“ zahlreiche Freunde beſitzt, welche ſein Andenken niemals vergeſſen werden.“

Die Deutſchen in Paris und alle Dinge, die ſie angehen, werden jezt in der franzöſiſchen Hauptſtadt weit mehr beachtet, denn ebendem. Ueber das Geſangsfeſt des deutſchen Liederfranzes und den Ball, welchen unſere Landsleute zum Beſten eines zu errichtenden deutſchen Hoſpitals in Paris vor kurzem gegeben haben, unterlieſen auch die vornehmſten Organe der franzöſiſchen Preſſe nicht, in eingehendſter Weiſe zu berichten. Eines derſelben macht uns Deutſchen bei dieſer Gelegenheit folgendes Kompliment: „Dieſes große Volk weiß ſeinen National-Charakter, ohne alle Hochmüthigkeit, auch fern ſeiner Heimath zu bewahren, und es giebt bei allen dieſen durch Talent und Arbeitsliebe ausgezeichneten Leuten ſo viel wahrhaft intelligenten Wohlthätigkeitsſinn, daß ſie ganz entſchieden bei allen daraus hervorgehenden Unternehmungen ſchließlich zum Ziele gelangen müſſen. Bei dem vorgenannten Geſangsfeſte des Liederfranzes kam ein deutſches Singſpiel von Ripper, betitelt: „Fidelio“ zur Aufführung.“

Der Pariſer „Figaro“ ſtimte kürzlich ein Klagelied über die auch in Frankreich mehr und mehr dahin ſchwindende Artigkeit im Umgangsleben an. Das ungenirte Benehmen der Engländer und Amerikaner, jagt das Blatt, „gewinnt bei uns täglich

funden. Nicht eins der Mitglieder dieser Behörden hat auf Befragen des Statthalters den Eid verweigert. Auch in der Provinz findet dieser Tage die Beerdigung der Beamten statt. Es ist ein beachtenswerthes Symptom, daß auch hier nach den Berichten der Kreisräthe an den Statthalter keiner der tschechischen Beamten den Verfassungseid zu verweigern gedenkt, ein Umstand, der darauf schließen läßt, daß in den Reihen der tschechischen Opposition nicht mehr wie bisher Beamte figurieren dürfen. — An den Kaiser hat sich dieser Tage eine Deputation des Stadtverordnetenkollegiums gewendet, um wegen Einführung des tschechischen Kommandos in den Bürgerkorps zu petitioniren. Der Kaiser dankte für den gleichzeitig zum Ausdruck gelangten Beweis der Theilnahme für den Tod seines Bruders, erwiderte jedoch in echt konstitutioneller Weise, daß er die Bürgerkorpskommandofrage seinem Ministerium zur nochmaligen Begutachtung überweisen werde; nach seiner persönlichen Ansicht müsse jedoch die deutsche Kommandosprache bei den Bürgerkorps als Theil der Armee beibehalten werden.

Der Erzbischof von Algier meldet der „Gazette de France“ in einem Schreiben, daß der Papst ihm für die nothleidenden Araber, welche, obgleich Ungläubige, doch die Adoptivkinder Frankreichs sind, eine Gabe von 5000 Fr. übersandt hat.

Italien.

Padua, 1. Februar. Bedauerliche Erzeffe haben gestern hier stattgefunden und auch diesmal war es der seit der traurigen Katastrophe von Mentana nahezu zur Unentrichtlichkeit gestiegene Uebermuth der Klerikalen, dem die Provokation dieser Erzeffe, welche leicht gefährliche Dimensionen hätte annehmen können, zur Last gelegt werden muß. Wahrscheinlich auf von Rom aus erfolgte Ordre hatte nämlich die bischöfliche Kurie ein feierliches Tribunal zur Feier des von den „päpstlichen Waffen“ erfochtenen Sieges angedordnet und sollten gestern Abend die bezüglichlichen kirchlichen Funktionen begangen. Ob bei der gegenwärtigen Erregtheit der Gemüther in Italien und bei dem Umstände, daß es beinahe in allen Städten Italiens Familien giebt, welche den Verlust eines ihrer Mitglieder durch die Wunder der Chassepotgewehre betrauen, taftvoll oder auch nur christlich gehandelt war, ein Ereigniß als Freudenfest zu feiern, welches über Hunderte von Familien Schmerz u. Trauer gebracht hat, überlassen wir dem Urtheile aller billig u. christlich Denkenden, und konstatiren bloß, daß die Ankündigung von dem bevorstehenden Tribunal einen Schrei der Entrüstung bei der Bevölkerung Paduas hervorgerufen hat. Besonders die Studenten der Universität waren auf das Heftigste alarmirt; gegen Mittag veröffentlichten sie ein Manifest, welches den Fluch über diejenigen aussprach, die über das „unschuldig vergossene Blut von Mentana“ Freudenfeste zu arrangiren wagen. Trotz dieser drohenden Anzeichen und der sich in sehr energischer Weise manifestirenden Entrüstung der Bevölkerung, ließ sich aber der Klerus in seinem Vorhaben nicht irre machen, und wurden in der Domkirche Vorbereitungen zur pompösen Feier getroffen. Da plötzlich, gegen 4 Uhr Nachmittags, stürzten mehrere hundert Studenten in den Dom, und nun entstand eine gräuliche Scene der Verwirrung. Die geheiligten Räume des Gotteshauses wiederhallten von Verwünschungen und wüthendem Geschrei, die angezündeten Kandelaber wurden ausgelöscht und herabgerissen, und statt der kirchlichen Gesänge erklang die Garibaldi-Hymne. Die entsetzten Priester flohen nach allen Richtungen, bis endlich der Rector magnificus erschien und die Studenten beschwor, es an dem Geschehenen genug sein zu lassen. Die herzlichen Worte des Rectors schienen Anfangs ihren Zweck nicht verfehlt zu haben, denn die Studenten entfernten sich unter Grollrufen auf den König, Italien und den Rector magnificus, und die Kirche wurde gesperrt. Die Erregung der grossenden Gemüther war aber eine zu große, um sich mit dem Gethanen zu begnügen. Bald wälzten sich starke Volksmassen, die Studenten an der Spitze, gegen andere Kirchen, die sie jedoch geschlossen fanden, bis sie endlich das bischöfliche Seminar erreichten, vor welchem eben eine Prozession von Priestern und Seminaristen mit brennenden Wachskerzen abgehalten wurde, um in der nebenstehenden Kirche der erwähnten Feier beizuwohnen. Die Studenten wollten in die Kirche dringen, welchem Beginnen von einigen Priestern thätliche Gewalt entgegengegesetzt wurde, indem sie mit Wachskerzen und Kirchengeschützen auf die Eindringenden loskamen. Die widerliche Scene, die sich nun entspann, entzieht sich der Beschreibung — Priester im vollen Ornat prügelten sich wie die Wüthen mit den Studenten herum, mit Stöcken, Kirchengeschützen, mit einem Worte mit allerlei Utensilien wurde auf einander losgeschlagen, kurz es war eine Scene des Pinsels eines Höllenbrennens würdig, und fielen auf beiden Seiten Verwundungen vor. Es hätte den erbitterten „Gottesdienern“ schlecht ergehen können, wenn sich nicht endlich die Nationalgarde und die öffentliche Sicherheitswache ins Mittel gelegt und die Kämpfenden getrennt hätte. Die Aufregung ist aber heute noch eine ungeheure und steht zu befürchten, daß die Erzeffe beim geringsten Anlasse sich in vergrößertem Maßstabe erneuern und die Ruhe der Stadt gefährden können. Die ohnedies große Abneigung gegen die Klerikalen hat sich geradezu zum Hass gesteigert, und wenn man gerecht sein will, muß man zugeben, daß die Haltung dieser Diener der Religion der Liebe große Schuld an der allgemeinen Abneigung gegen dieselben trägt und die immer wachsende Entfremdung der Gemüther gegen diese „glaubensstarken Eiferer“ nicht ganz ungerechtfertigt ist. (Wiener Presse.)

Rußland und Polen.

○ Aus Narwa, 2. Februar. In einem Moskauer Blatte wurde unlängst die Behauptung aufgestellt, die Deutschen seien in den baltischen Provinzen nur sporadisch angesiedelt, die Hauptbevölkerung aber bestände aus Russen und solchen Stämmen, die den Russen nahe verwandt sind. Als Entgegnung auf diese Behauptung ist eine kleine Flugchrift von einem Letten in deutscher Sprache unter dem Titel erschienen: „Die baltischen Provinzen sind ein deutscher Länder-Komplex unter dem russischen Kaiser, als ihrem Schutzherrn.“ Das Schriftchen besteht aus einer kurzen Einleitung und einer Darlegung der wichtigsten Momente aus der Geschichte der Provinzen, besonders in Bezug auf Bezeugung derselben unter russische Oberhoheit und schließt mit einer Nachweisung der Zahlenverhältnisse der Bevölkerung nach Abstammung und Konfession nach den neuesten statistischen Berichten. An einer Stelle in der Einleitung heisst es unter Anderem: „Man weiß nicht, soll man die Geduld und Nachsicht der Leser der Raskowschen Blätter oder die Kühnheit mehr bewundern, mit

welcher diese ihnen Unrichtigkeiten vorzuführen wagen, über die wohl Niemand im Reiche gegenwärtig mehr im Unklaren sein dürfte. Der größte und intelligenteste Theil der Bewohner der Ostseeprovinzen, besonders der Städte, sind Deutsche. Die übrigen Liven, Esthen und Letten (letztere gehört der Verfasser dieser Zeilen an) sind zwar nicht Deutsche, aber sie sind Protestanten, gehören sonach einer Konfession an, die dem Deutschtum entsprossen ist, im Deutschtum ihre festesten Wurzeln hat und mit dem Wesen und den Anschauungen des Deutschtums auf das Innigste verwachsen ist. Wie sehr Esthen, Liven und Letten dieses fühlen und sich dem Deutschtum gern zuneigen, zeigt wohl auch die Lust und Leichtigkeit, mit der sie die deutsche Sprache erlernen, und gegen die russische einen so entschiedenen Widerwillen zeigen. Wer die hiesigen Verhältnisse kennt, weiß auch, daß hier nicht nur der Adel, sondern auch der Mittelstand und ein großer Theil der niederen Bevölkerung deutsch versteht und spricht, während von den des Erwerbs wegen zahlreich in Rußland lebenden Esthen u. nach den gemachten Erfahrungen erst auf 76 Personen eine kommt, welche im Verlauf von 2—3 Jahren nothdürftig russisch verstehen und sprechen lernt. Es liegen Beweise vor, daß russische Brodherren von ihren Arbeitern eher esthisch, als diese von ihren Herren russisch gelernt haben.“

Nach den in der Flugchrift enthaltenen Nachweisungen stellt sich folgendes Resultat heraus. Livland hat 826,000, Kurland 645,000 und Estland 398,000 Einwohner, welche, mit Ausnahme von 103,000 Russen und 96,000 anderen Konfessionen Angehöriger, sich sämmtlich zur evangelischen Kirche bekennen. Es sind also gegen 1,670,000 Einwohner in den baltischen Landen, welche sich der Russifizierung entgegenstellen.

Vom Landtage.

44. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Die Sitzung wurde um 10 Uhr 38 Minuten durch den Präsidenten eröffnet. Das Haus ist noch schwach besetzt, besser die Tribüne. Am Ministerisch v. d. Seydt und mehrere Kommissarien. Der Finanzminister überreicht einen Antrag zum Entwurf des Staatsgesetzes, in welchem die nachträgliche Genehmigung für die bis zur Bestimmung des Staats zu leistenden Ausgaben nachgesucht wird. Der Antrag wird beraten werden zur Zeit der Vorberathung des Staatsgesetzes. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung über den Provinzialfonds, der Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf betreffend Abänderung des Gesetzes über Gemeindewege und Landstraßen für Hannover und der Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf betreffend Uebernahme einer Zinsgarantie für das Anlagekapital der Bahn von Gera über Saalfeld nach Eichicht.

Zu 1. der Tagesordnung sind außer den bekannten Anträgen weitere gestellt, und zwar vom

Abgeordneten Wellmann: 1) in Nr. 1. zu setzen statt der Worte „500,000 Thlr.“ die Worte „300,000 Thlr.“, 2) in Nr. 3. zu setzen statt „500,000 Thlr.“ die Worte: „300,000 Thlr. als dauernde Jahresrente.“

Abg. Graf Westarp will die Ueberschrift des Gesetzes dahin fassen: „Gesetz betreffend Ueberweisung von Staatsmitteln an die Provinzial- und kommunalständigen Verbände der Monarchie. Weiter streift Antragsteller den §. 1. der Kommissionsvorschlüsse und beantragte an Stelle der §§. 2. und 3. folgende Paragraphen anzunehmen:

§. 1. Zur Förderung der Selbstverwaltung ist für die Provinzial- beziehungsweise kommunal-ständigen Verbände der Monarchie aus Staatsmitteln eine Jahresrente auszuweisen und nach gleichartigen Grundsätzen unter die einzelnen Verbände als ein ihnen gehöriges und von ihnen zu verwaltemes Einkommen zur Deckung ihrer kommunalen Bedürfnisse zu vertheilen. Zu diesem Behufe ist dem Landtage bei dessen nächstem ordentlichen Zusammentritte der Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, in dem zugleich die Zwecke näher zu bezeichnen sind, für welche die Verwendung jener Jahresrente statzufinden hat. §. 2. Unbeschadet der anderweitigen im §. 1. vorgesehene gesetlichen Regelung ist dem Provinzialständigen Verbände der Provinz Hannover zur Verwendung für folgende Zwecke: (folgen dieselben wesentlich wie in der Kommissions-Vorlage) vom 1. Januar 1868 ab aus Staatsmitteln vorläufig eine Jahresrente von 500,000 Thlr. zu überweisen. Insbesondere bleibt es der Gesetzgebung vorbehalten, nach Vollendung der Landstraßen, welche in der Bekanntmachung des hannoverschen Ministeriums des Innern vom 13. April 1865 aufgeführt sind, dem Provinzialständigen Verbände der Provinz Hannover auch die Unterhaltung der Staats- Chaussees oder anderweitige entsprechende Leistungen aufzuerlegen. §. 3. Soweit die im §. 2. überwiesene Jahresrente nicht ausreicht, sind die Kosten der dafelbst angegebenen Einrichtungen und Anlagen von dem Provinzialständigen Verbände der Provinz Hannover nach Maßgabe der Verordnung vom 22. August 1867, betreffend die Provinzialständigen Verfassung im Gebiete des ehemaligen Königreichs Hannover aufzubringen. §. 4. Der Finanzminister und der Minister des Innern sind mit der Ausführung des Gesetzes beauftragt.

Bei Eröffnung der Specialdiskussion erhält zunächst der Abgeordnete Brauchisch das Wort, welcher bemerkt, daß der Provinz kein selbstständiges Vermögen gewährt, sondern ihrem Landtag 100,000 Thlr. als dauernde Rente und 400,000 Thlr. für zehn Jahre aus den Staatseinnahmen gewährt wird. Quousque tandem, beginnt Redner unter großer Heiterkeit. Die Schwierigkeiten in dieser Frage seien vermehrt worden durch die vom Ministerisch bisher vernommenen Erklärungen. Seine Partei werde doch nicht in der Verdacht kommen, der Regierung jemals Opposition gemacht zu haben. (Beifällige Rufe auf der Tribüne.) Redner bezieht sich auf die Richtung der konservativen Partei. Wir können leider fast nicht verstehen. Man sage, die Konservativen seien nur gewählt, weil sie die Regierung unterstützen. Das sei ihnen, den Konservativen, niemals gesagt worden, daß die Voraussetzung der Wahl das Zusammengehen mit der Regierung sei. Durch Did und Dinn, das gebe nicht. Nach Außen solle er alle Verehrung dem Ministerpräsidenten, nach Innen aber — (Redner erhebt zweifelnd den Finger) meine Herren, das allgemeine Wahlrecht, man kann nicht wissen, was aus demselben noch werden kann. (Heiterkeit.) Die Kommissionsvorlage wie der Regierungsentwurf bieten keine ordentliche Unterlage für die Beratung. Von einem Kapital könne hier nicht die Rede sein, sondern nur von einer Rente. Redner motivirt näher sein Amendement und betont die Nothwendigkeit einer Einschränkung auf 10 Jahre. Wie der Norddeutsche Bund manchen Staaten eine Ermäßigung gewähre bei der Leistung für das Militärbudget, so wolle auch er Hannover ein Präcipuum gewähren auf 10 Jahre. Aber bis hierher und nicht weiter, nach Ablauf dieser Zeit habe Hannover als Glied des preussischen Staates kein größeres Recht als alle anderen Provinzen. Redner schweift in seinem weiteren Vortrage ab, spricht von dem Begriffe des Feudalismus und ist hier bei der Unruhe nicht mehr zu verstehen.

Abg. Aegidi: In dieser Frage seien alle Parteien in sich gespalten. Die Gegner der Vorlage hätten kein Verständnis für die Gegengründe, sie gingen von der Ansicht aus, daß Hannover erobert sei und Preußen nun Alles in der Tasche habe. Das eroberte Land und Volk dürfe aber nicht als solches behandelt werden. Es müsse eine billige Ausgleichung geschaffen und den Hannoveranern das Bewußtsein beigebracht werden, daß man mit ihnen paktirt habe. (Graf Bismarck tritt ein.) Der Vortrag ist, wie alle von der Tribüne gehaltenen zum großen Theile unverständlich. Soweit wir ihn verstehen, dekt er nach der zweiten Debatte keine neuen Gesichtspunkte mehr auf. Die konservative Partei habe die Regierung unterstützt bei der Eroberung von Königreich und hier an dem konservativsten Punkt der Politik lasse sie die Regierung im Stich. Nur durch Paktiren werde heute erobert, wenn die Rechte einen anderen Weg gehen wolle, dann stelle sie sich auf den Standpunkt eines Konvents.

Graf Bismarck: Er sei auf die Aeußerungen des Abgeordneten Brauchisch nachträglich aufmerksam gemacht worden und erwiedere darauf, daß er nicht verlangt habe, daß die konservative Partei mit der Regierung durch Did und Dinn gehe. Er verlange dieses Mitgehen nicht, wenn die Regierung von ihren großen Prinzipien abgehe. Etwas Anderes sei es aber hier, wo keine res integra vorliege und er ein Mitgehen der Partei erwarten dürfe. Vielleicht hätten auch andere Wege offen gestanden, konsequent müsse die Regierung aber an dem gegebenen Worte festhalten, ohne nach Rechts oder Links zu blicken. Die konservative Partei möge ihre heutige Zahl im Hause mit der vor zwei Jahren verglichen, wie viele würden heute wohl im Hause sein, wenn die Regierung

nicht am Ruder gewesen wäre? Den Aeußerungen des Abgeordneten Brauchisch gegenüber sei er neugierig zu hören, was denn die konservative Partei der Regierung Alles zum Opfer gebracht habe. Das Dreiklassensystem, das sei Alles, und das sei geopfert für das verständigere allgemeine Wahlrecht, welches der konservativen Partei doch auch Nutzen gebracht habe. Das geeinigte Deutschland zeuge für das, was die Regierung gethan habe, und wenn sie abrechnen wolle mit den Konservativen, dann stelle sich ein Kredit zu ihren Gunsten heraus. Redner geht nun zurück auf seine frühere Stellung in der konservativen Partei, in welcher er an der Konsequenz stets festgehalten und zieht den Unterschied zwischen dem Ministerium Mantouffiel und dem jetzigen. Ersterem habe es namentlich an Entschlossenheit und Widerstandskraft gefehlt. Wer habe es im Jahre 1862 geglaubt, daß die jetzige Regierung Erfolge erzielen werde, wie sie sie erzielt habe? Die konservative Partei solle nicht vergessen, wie das Ministerium zur Zeit des Konflikts Ruß beim Mial gehalten habe. Er wiederhole, was er gestern gesagt: Werde heute ihm von der Partei die Unterstützung gewährt, so sehe er, daß er an derselben nicht das habe, was er erwartet. Es komme dann ein Koalitionsministerium. Alle Unannehmlichkeiten der Stellung sei er zu tragen auch ferner bereit, den Konflikt fürchte er nicht, das habe er gezeugt, es könne aber nicht seine Absicht sein, einen solchen Konflikt zu einer dauernden nationalen Institution zu machen.

Abg. v. Vinde (Minden) wendet sich in einer längeren Rede gegen die Ausführungen der verschiedenen Redner, welche zu Gunsten der Vorlage gesprochen und verbleibt bei seiner Rechenschaftsauffstellung, welche ihn zu dem definitiven Votum führt. Die Regierung wisse ihre Forderung rechtlich nicht zu begründen. Der Ministerpräsident habe das Haus als ein Nichterfolgsministerium bezeichnet, weshalb bringe er dann nicht den Justitiarius des Finanzministerium mit? Das Amendement v. Kardorff sei nur eine Maserade. Redner erregt durch seine Ausführungen vielfach ungeheure Heiterkeit, ist aber nicht im Zusammenhange zu verstehen. Dem Ministerpräsidenten empfehle er dieselbe Energie an die Verwirklichung seines gestern ausgesprochenen Ideals zu setzen, was Hannover anbelange, die Energie, mit welcher er die Bewilligung des Fonds erstrebe. Er wolle nicht die Selbstverwaltung in Hannover, bei welcher gewirthschaftet werde aus dem Beutel eines Anderen. Die allen Provinzen begählen ihre Institute aus eigener Tasche.

Enchlich wendet er sich gegen die Stellung, welche die Regierung selbst in dieser Frage einnehme. — Der Herr Ministerpräsident hat sich für einen Segner aller Doktrinen erklärt, und dennoch ist er selbst bis zu einem gewissen Grade Doktrinär, wenn er jetzt an einer konstitutionellen Doktrin festhält, die er früher schon aufgegeben hätte. Er selbst hat uns daran erinnert, daß er lange Zeit in diesem Hause nur von 11 Parteigenossen unterstützt der überwältigenden Majorität gegenüber gestanden habe, und noch in diesem Augenblick verführe er gegen die konstitutionelle Doktrin, die in einer solchen Lage schon längst die Auflösung des Hauses verlangt hätte, um der Regierung eine kompakte Majorität zu sichern. Es ist dies aber auch gar nicht der Ort, um eine solche Doktrin zur Anwendung zu bringen. Welche gemischten Elemente müßte ein neu gebildetes Ministerium enthalten, um im Falle einer Verwerfung der Vorlage allen Theilen der Majorität gerecht zu werden?

Diese eigenthümliche Parteigruppierung hat darin ihren Grund, daß wir nicht vor einer Parteifrage, sondern vor einer Rechtsfrage über Mein und Dein stehen, die nicht nach politischen Grundfragen entschieden werden kann. Wollte der Herr Ministerpräsident deshalb aus derselben eine Kabinetsfrage machen, so würde er dadurch einen Zwang auf die Gewissensfreiheit einzelner Mitglieder dieses Hauses ausüben und einen zu exorbitanten Gebrauch von seiner Stellung machen. Ich würde ein solches Vergehen in seiner Weise billigen können und erkläre, daß wir uns durch keine Drohung, durch keine Pression von der Ausübung unserer Gewissenspflicht abwenden lassen werden. (Unruhe unter den Hannoveranern. Ruf: Zur Sache.) Sie rufen: Zur Sache? (Redner wendet sich mit einem bedauernden Aufsehen nach der entgegengesetzten Seite.) Ich achte die unabhängigen und selbstständigen Charaktere, und als ein solcher hat sich uns Graf Bismarck stets gezeigt, ich verlange aber, daß derselbe auch andere neben sich gelten lasse und nicht nur Leute dulde, die in verba magistri schweören.

Wir ist erzählt worden — relata refero, und sollte es nicht richtig sein, so wird der Herr Ministerpräsident Gelegenheit haben, mich nachher zu rektifiziren — daß derselbe zu Mitgliedern der konservativen Partei geäußert habe, sie würden eine weniger durchgreifende Reform der Kreis- und Gemeindeordnung zu erwarten haben, wenn sie in der vorliegenden Frage die Regierung rückhaltslos unterstützen. Ich würde, die Richtigkeit der Mittheilung vorausgesetzt, dies für einen sehr bedenklichen Zustand halten, sowohl für die Regierung, wie für das Haus, denn es scheint mir nicht der Stellung beider zu entsprechen, wenn die erstere die Zustimmung der Parteien durch Aussicht auf Vortheile und Nachtheile zu gewinnen sucht. Die konservative Partei würde sich, wenn sie auf einen solchen Vorschlag einging, selbst eine so niedrige Stellung anweisen, daß sie in Zukunft von Ministerialräthen dirigirt werden würde. (Oh! oh!) und daß sie sich in Zukunft nicht mehr konservativ, sondern höchstens noch ministeriell nennen dürfte. Ich hoffe, daß Sie (nach rechts) sich bei Abgabe Ihres Votums die volle Freiheit der Entschließung wahren werden. (Beifall.)

Graf Bismarck: Es kann nicht meine Absicht sein, in einem so vorgerückten Stadium der Debatte am dritten Tage derselben und kurz vor dem Schlusse der Sitzung den Herrn Vorredner weder in der Länge der Rede, noch in der persönlichen Färbung der Debatte zum Muster zu nehmen. Er hat Vieles auf die Tribüne gebracht, was sich wohl bei unserer langjährigen Bekanntschaft zu einer privaten Unterhaltung geeignet hätte, was aber nicht auf die Tribüne zu gehören schien (Bravo, rechts), und obgleich er viele Anregungen mit Bezugnahme auf meine Person gegeben hat, so widerstrebt es mir doch auf dieselben einzugehen, aus dem Grunde, weil es mir stets ein unbehagliches Gefühl der Beschämung verursacht, wenn ich genöthigt werde, von meiner Person zu sprechen, und weil ich hierin schon mehr gethan habe, als mit meinem Geschmade und meiner Gewohnheit übereinstimmt. Wir haben wichtigere Dinge zu thun, als Personalien abzumachen, und ich stehe nicht hier um zu beweisen, daß irgend eine Aeußerung von mir mit einer anderen nicht im Widerspruch steht, obwohl ich das sehr wohl vermöchte.

Ich bitte Sie zu glauben, daß ich auch ein Gewissen habe, daß ich den Charakter eines Ehrenmannes auch für mich in Anspruch nehme, und daß die Geschichte eines Staates von 20 Millionen sich weder in gewissenloser noch in einer anderen Weise als der eines Ehrenmannes leiten lassen, sonst würde ich mich nicht 6 Jahre lang auf meiner Spitze der Verwaltung eines großen Staates von 20 Millionen und eines christlichen Volkes halten können. Aber Gewissen gegen Gewissen. — wollte auch ich meinem Gewissen folgen und sagen: ich lege mein Mandat nieder, dann ist die leidige Kabinetsfrage wieder da, Alles ginge auseinander und ließe den Staat sich selbst regieren, jeder folgte seinem schroffen Gewissen und sagte: geht es nicht so, wie ich will, so spiele ich nicht mit. Das ist aber keine Partei-Organisation, sondern politische Willkür. Hauptächlich habe ich das Wort ergriffen, um faktisch zu konstatiren, wie es sich mit der gegebenen Vorlage verhält. Der hannoversche Provinzial-Landtag hatte einstimmig den Antrag auf den Provinzialfonds gestellt. Se. Majestät der König war damals nicht anwesend, er hielt sich auf der Insel Mainau im Bodensee auf und das Ministerium hat um den Erlaß, den Oberpräsidenten Grafen Stolberg zu der Antwort zu ermächtigen, die bekannt ist. Der Herr Vorredner hat mich an die parlamentarische Gewohnheit erinnert, nichts hier hineinzu ziehen, was nicht hierher gehört. Vielleicht ist noch ein Rest des alten Sauerlandes in mir, daß ich noch immer nicht im Stande bin, die königl. Staatsregierung vom Könige zu trennen. (Beifall.)

Nachdem die Regierungs-Kommissarien Wolny, Küster und MacLean noch einmal die unveränderte Annahme der Regierungs-Vorlage empfohlen und das Amendement des Abg. Grafen Westarp für unannehmbar erklärt haben, wird die Diskussion geschlossen.

Abg. v. Vinde: Es könnte nach den letzten Aeußerungen scheinen, als ob meine Rede nicht der hochachtung Ausdruck gegeben hätte, die ich seit langer Zeit gegen den Herrn Ministerpräsidenten fühle. Derselbe wird sich durch ein genaues Verfolgen meines Gedankenganges von dem Ungrund dieser Ansicht überzeugen, und nehme ich gern Gelegenheit, an dieser Stelle noch einmal öffentlich dem Herrn Grafen zu versichern, daß ich jeden Zoll von ihm für einen Ehrenmann halte.

Nachdem Graf Bismarck sein Bedauern ausgesprochen, daß er die Rede des Abg. v. Vinde nicht in vollkommener Uebereinstimmung mit der eben abgegebenen Versicherung halten könne, wiederholt Abg. v. Vinde dieselbe noch einmal.

Es wird zur Abstimmung geschritten; die Amendements Wellmann und Bonin werden zurückgezogen.

Die Amendements Westarp und v. Brauchisch werden mit großer Majorität abgelehnt; dafür stimmen nur einzelne Konservative.

Ueber das Amendement v. Kardorff (500,000 Thlr. im Ordinarium des Staats) wird namentlich abgestimmt; es wird mit 197 gegen 192 Stim-

June 75th.

Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Febr.
jahr 76, April-Mai 76, Mai-

Spiritus pr. 8000 %
a $\frac{7}{12}$ Rt. b $\frac{3}{4}$, Br. u. Gd., 80
20 $\frac{1}{12}$ a 19 $\frac{10}{24}$ b $\frac{3}{4}$, 20 Br., 1

lofo ohne Faß 19½ Rt. b₃, per diesen Monat 19½
br. - März 19½ a 1½ b₃, Br. u. Gd., April - Mai
9½ Gd., Mai - Juni 20½ a 1 b₃, u. Br., 1½ Gd.

Dukten = Börse.

Wind: NW. Barometer: 28. Thermometer: thermisch.

Wetter: Regen ist heute fest gewesen. Preise überragten Preis. Effektive Waare ist wenig offerirt, daher theuer. Der Begehr trat etwas stärker hervor. Seidenpreis 77½ Rt. und sehr still.

Terminne beinahe geschäftlos.

Geschäft auch heute sehr eng begrenzt. Preise sind sehr. Gefündigt 300 Ctr. Kündigungspreis 9½ Rt. während Beachtung, um sich auf gestrigen Standen.

Pfb. 89—106 Rt. nach Qualität, feiner gelber 2000 Pfb. per diesen Monat 90½ Rt. bz., April. 92½ Br.

Pfb. 78—79 Rt. bz., gering. 75½ a 76 Rt. bz., bz., Febr.-März 77½ a 78½ bz., April.-Mai 78 a 79 bz., Juni.-Juli 77½ bz., Juli.-August 71½ bz.

Pfb. 49—58 Rt. nach Qualität.

Pfb. 35—37 Rt. nach Qualität, 35½ a 36 Rt. Br., 36 Bd., April.-Mai 36 bz., Mai.-Juni.

Rochwaare 68—76 Rt. nach Qualität, Butter-tät.

87 Rt.
85 Rt.
b. ohne Faß $9\frac{1}{2}$ Rt. b₃, flüssiges $9\frac{1}{2}$ Rt. b₃, per
Febr.-März $9\frac{1}{2}$ u. $\frac{1}{2}$ b₃, April-Mai $10\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$
Juni-Juli $10\frac{1}{2}$ b₃, Juli-August $10\frac{1}{2}$ b₃, Septbr.
Lofo ohn. Faß $19\frac{1}{2}$ Rt. b₃, per diesen Monat $19\frac{1}{2}$
Febr.-März $19\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ b₃, Br. u. Od., April-Mai
 $9\frac{1}{2}$ Od., Mai-Juni $20\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ b₃, u. Br., $\frac{1}{2}$ Od.,

